

**Staatsstreich in Zeitlupe
Österreichs Entführung nach "Europa"**

Andreas van de Kamp

Wien, 2014

4. KAPITEL: KARTELL DER GLÜHENDEN EUROPÄER

"(A unified) 'Europe' is the result of plans. It is, in fact, a classic utopian project, a monument to the vanity of intellectuals, a programme whose inevitable destiny is failure: only the scale of the final damage done is in doubt." - Margaret Thatcher

„An acre in Middlesex is better than a principality in Utopia." Thomas B. Macaulay

Googelt man von Österreich aus den Begriff „glühender Europäer", kommt einem vor, als bestünde die politische Klasse ausschließlich aus dieser Gattung. Alle wichtigen Leute haben sich einmal so eingeordnet oder sind von der Presse so bezeichnet worden – besonders oft Kanzler und Vizekanzler und die Spitzen der traditionellen Parteien im Europäischen Parlament, der abgehende Hannes Swoboda (SPE) und Othmar Karas (EVP).

Dieses Etikett ist inzwischen aber so modisch geworden, dass sich auch Landtagsabgeordnete und TV-Prominente aus der dritten Reihe mit ihm schmücken. Das führt dazu, dass sich sogar Zeitungen, die ansonsten wissen, worüber man besser nicht spottet, einen Anflug von Ironie leisten.

Natürlich ist damit nicht gemeint, dass jemand von einem rein geographischen Begriff besonders begeistert wäre. Eine solche Aussage wäre ebenso unsinnig wie wenn jemand z.B. erklärte, er sei für "das Atom" oder gegen "das Gen". Es muss etwas anderes gemeint sein.

"Glühend" deutet immerhin an, dass die so Bezeichneten das als irgendwie verzehrenden Vorgang betrachten. Als ein gefühlsmäßiges Anliegen, auf das die Redensart "Wes Herz voll ist, dem fließt der Mund über" passen würde.

Von "glühenden Christen" könnte man sich beispielsweise erwarten, dass sie einem vom Reich Gottes erzählen, das so friedlich ist, dass die Löwen neben den Schafen weiden; von „glühenden Nationalisten", dass sie über Brauchtum oder einen alten Nationaldichter Bescheid wissen oder dass sie wenigstens an einer Volkstanzgruppe teilnehmen; und "glühende Rapidanhänger" können wahrscheinlich stundenlang über die Spieler im Kader erzählen oder wissen alle Details aus historischen Matches auswendig.

Eine solche Anhänglichkeit an die Idee einer europäischen Kultur und das Bedürfnis, darüber zu reden vermisst man bei den Glühenden Europäern vollkommen. Und wenn es schon keine gefühlsmäßige Beziehung gibt, würde man doch wenigstens irgendwelche Anzeichen für eine intellektuelle Auseinandersetzung mit dem Begriff Europa erwarten.

Zum Beispiel damit, was eigentlich das Gemeinsame an der Vielfalt der europäischen Zivilisation ist, ob man wirklich davon sprechen kann, dass die alten Griechen die Wissenschaft „erfunden“ hätten, wie es dazu gekommen ist oder dass eine „Kultur“, die Menschenrechte und politische Gewaltenteilung ersonnen, den Erdball unterworfen und den modernen Totalitarismus erfunden hat; man könnte auch einmal darüber philosophieren, was das „europäische Projekt“ eigentlich ist, das man dauernd im Mund führt – von der Agrarpolitik und der Stromliberalisierung einmal abgesehen.

Manchmal wäre ein bisschen bornierte Selbstgewissheit, ein Quäntchen unbegründeter Eurozentrismus besser als das verräterische Schweigen, in das die europäistischen Politiker verfallen, wenn sie ohne professionelle Schablonen über ihr Herzensanliegen sprechen sollen.

Aber Fehlanzeige! Kaum ein Glühender Europäer scheint sich Gedanken über Europa gemacht zu haben. Es bleibt ein Rätsel, was diese Leute zum Glühen bringt - abgesehen vom wärmenden Gedanken an die wichtige Rolle, die sie selbst in der europäischen Gesellschaft der Zukunft spielen wollen.

In letzter Konsequenz geht es diesen Glühwürmchen nicht um Identität, Kultur oder Geschichte. Sondern um etwas, das in ihrer Sprache „politische Ordnungsvorstellungen“ genannt wird.

Es geht um die Vorstellung, dass die Politik nicht national, sondern supranational gestaltet werden soll. Der Begriff ist ein schlecht gewähltes Codewort für überzeugte, manchmal fanatische Supranationalisten. Man kann auch Föderalisten zu ihnen sagen.

Das wiederum klingt für österreichische Ohren nach „Alle Macht den Bundesländern“, „Landesfürsten“, „Kompetenzersplitterung“. Oder auch, je nach Sichtweise: „Bürgernähe“ oder „Willkür“.

Die mitschwingenden Vorstellungen täuschen aber, denn das Hauptziel der EU-Föderalisten ist nicht die Verlegung von Entscheidungen auf eine untere Ebene, sondern eher das Gegenteil davon.

Unwichtigere Entscheidungen sollen weiter unterer Ebene getroffen werden, zum Beispiel auf Gemeindeebene - was oft als „Subsidiarität“ bezeichnet wird; die großen Staatsfragen sollen dagegen eine Ebene weiter nach oben delegiert werden.

Ziel ist ein europaweiter Bundesstaat, der je nach politischem Geschmack etwas mehr oder weniger zentralistisch ausfallen soll. Manche stellen sich diesen eher amerikanisch vor (starke Zentralgewalt), andere eher deutsch (mehr Kompetenzen für die Bundesländer bzw. Mitgliedsländer).

Aber das sind nur Details einer Debatte, die die Föderalisten untereinander führen. Entscheidend ist, dass der europäische (Ver)Bund zu einem echten Staat mit mehreren Teilen werden soll. Das Minimum der Bundesstaaterei besteht darin, dass über Außen- und Verteidigungspolitik sowie über Budget, Währung, Finanzen und Wirtschaft auf EU-Ebene entschieden werden soll.

Manche wollen mehr EU haben und treten für die Vergemeinschaftung auch der Sozial-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik ein. Auch diese Bereiche sollen künftig nicht in Madrid, Paris, Berlin, Rom oder Wien entschieden werden, sondern in Brüssel, Straßburg und Frankfurt.

Das ist freilich nicht die einzige Zukunftsperspektive. Es gibt noch andere Ansichten darüber,

wie die Europäer ihr Zusammenleben gestalten können. Zum Beispiel „Intergouvernementalisten“, die für die Kooperation selbstständiger Regierungen eintreten. Die sind den in den europäischen Ländern lebenden Menschen genauso(wenig) verbunden wie ihre Gegner, werden aber weniger freundlich dargestellt.

Die Supranationalisten haben es in den vergangenen 25 Jahren geschafft, den Anhängern einer Zusammenarbeit selbstständiger Staaten ein ziemlich schlechtes Image zu verpassen: rückständig, nationalistisch und rechtsextrem seien sie. Dabei haben ihnen die Journalisten geholfen, und zwar schon zu einer Zeit, als deren eigenes Berufsbild noch nicht so schlecht war wie heute. Viele traditionelle Medien waren (und sind) überaus kritisch und argwöhnisch gegenüber der einen Seite und ziemlich unkritisch und gutgläubig gegenüber der anderen eingestellt.

Dabei könnten sie ohne weiteres wissen, dass - wie im übernächsten Kapitel gezeigt wird - der Europäismus eine aristokratische und antidemokratische Ideologie ist; vor allem aber müssten sie aus Erfahrung wissen, dass sie gerade von proeuropäischen Politikern und Beamten oft einseitig oder überhaupt falsch informiert worden sind. Mit der sogenannten intellektuellen Ehrlichkeit der Europäisten ist es nicht weit her.

Wie sich in den Krisenjahren immer wieder gezeigt hat, greifen diese gewohnheitsmäßig zum Mittel der bewussten Täuschung. Dass sie damit allzu oft „durchkommen“, ist freilich nicht ihr Fehler.

Dieser Hang zur Unwahrheit, der über das bei Politikern „normale Maß“ hinausgeht, scheint eine besondere Ursache zu haben: Beträchtliche Teile des „großen Plans“ hinter der europäischen Einigung können nicht in der Öffentlichkeit diskutiert werden, weil befürchtet werden muss, dass sie dort glatt abgelehnt werden: zum Beispiel die laufende Entrechtung der nationalen Parlamente im Inneren und die geplante bewaffnete Handelspolitik bzw. die weitere Ostexpansion der NATO im Äußeren. Die Reaktion der deutschen Öffentlichkeit auf das Säbelrasseln im Ukraine-Konflikt im Frühjahr 2014 spricht Bände.

Über die scheinbare Selbstlosigkeit der Glühenden Europäer haben sich der Grazer Soziologe Max Haller und einige seiner Studenten Gedanken gemacht. 2009 erschien ihre Studie mit dem Titel „Die Europäische Integration als Elitenprozess“. Ihre Autoren fragen, welche Personengruppen für den permanenten Integrationsprozess eintreten und welche konkreten Vorteile sie aus diesem Prozess der ziehen.

Auf 500 Seiten lässt sich dort nachlesen, welche beruflichen und wirtschaftlichen Motive es gibt, als großer Unternehmer, Politiker, EU-Beamter, Experte oder Freiberufler für immer mehr Europa einzutreten. Jede Gruppe zieht oft auf mehrfache Weise Nutzen daraus und trägt deshalb gern das Ihre dazu bei.

Das heißt übrigens nicht, dass es verwerflich ist, dieses Interesse zu haben. Es heißt nur, dass dieses ihre Aussagen beeinflusst und diese daher nicht das reine und unverfälschte Evangelium sind. Und es bedeutet auch nicht, dass die Vorteile, die sie daraus ziehen, auch anderen Gruppen offenstehen. Diese beginnen im Einzelfall bei „psychologischen Belohnungen“ und können sich bis tief ins Reich des materiellen Nutzens erstrecken.

Für die Spitzenpolitiker kleinerer Länder stellt z.B. die Teilnahme an europäischen Konferenzen einen besonderen Gewinn an öffentlicher Aufmerksamkeit und Prestige dar. Daraus kann, wie sich gezeigt hat, eine regelrechte Sucht entstehen. So lächerlich es klingt - eine solche

Gipfelstürmerei ist „einer jener Mechanismen, die den Prozess der Integration ständig am Laufen halten“, schreibt Haller.

Ist die nationale Karriere der Politiker einmal zu Ende, winken hohe Posten in europäischen Institutionen, Komitees, Missionen oder „unabhängigen“ Denkfabriken - sofern sie in ihrer aktiven Zeit in sie gesetzten Erwartungen erfüllt und nicht gegen Tabus verstoßen haben. Für einen EU-Job in der ersten Reihe sollte man wenigstens einmal ein Ministeramt bekleidet haben wie zum Beispiel Johannes Hahn, Benita Ferrero-Waldner, Franz Fischler (Kommissare, alle VP) oder Maria Berger (EuGH-Richterin, SP).

Ist einmal nichts Adäquates verfügbar, gibt es noch immer europäische Fördermittel, die in vielen Dutzend Programmen über die Mitgliedsstaaten ausgeschüttet werden.

Die wenigsten Vereine haben etwas dagegen, einen weltanschaulich vereinbaren neuen Präsidenten mit klingendem Namen zu bekommen und ihm oder ihr eine Visitenkarte drucken zu lassen. Vorausgesetzt natürlich, er bringt einen Koffer voll Projektgelder mit (die vorher von einer „unabhängigen“ Kontrollbürokratie geprüft und genehmigt worden sind).

Kurzum: Man muss nicht unbedingt nach Brüssel oder Straßburg auswandern, um wirklich etwas von der EU zu haben.

Das Rückgrat dieser „Eulite“ bilden die Abgeordneten zum europäischen Parlament (MEP), von denen es gegenwärtig 766 gibt. Diese sind, obwohl sie manchmal nicht einmal passables Englisch sprechen, der „Kern der neuen europäischen politischen Klasse“. **Sie sind zu 90 Prozent Politiker aus den Mitgliedsstaaten und sehen ihre Tätigkeit selbst als Fortsetzung ihrer nationalen Karriere an.**¹

Wer in Vorwahlzeiten das beinharte Gerangel um Listenplätze und die Finanzprobleme der Parteien mitbekommt, bekommt eine Ahnung, um wie viel schwieriger es heute ist, entsprechend dotierte Stellen und Funktionen zu finden. Und wem dann noch bewusst wird, dass auch die Besetzung von Posten in politischen Vorfeldorganisationen und staatlichen Einflussbereichen nicht mehr so reibungslos geht wie in der alten Zeit, weiß, wie wichtig die Erweiterung „Arbeitsmarkts“ für Berufspolitiker durch die EU geworden ist.

Nur wenige Politiker haben eine Jobalternative - sei es als Partner in einer Kanzlei oder als Lehrer mit einem Rückkehrrecht. Am günstigsten ist da noch ein Beamtenposten, von dem man sich krenzieren lassen kann.

Natürlich empfinden manche, die sich ihren Ehrgeiz erhalten haben, „Straßburg“ als Abstellgleis, auf dem sie von allem abgeschnitten sind, was in den Parteizentralen in Wien und in den Bundesländern so vor sich geht. Aber es gibt Schlimmeres als die Verbannung nach „Europa“

Rechnet man alle Gehaltsbestandteile dazu, übertreffen die Gagen der EU-Abgeordneten das Durchschnittsgehalt in der Union um etwa das Achtfache. Inklusive Taggeldern und Reisekosten - eine Woche im Monat finden die Plenarsitzungen in Straßburg statt - kommt ein Abgeordneter auf bis 17.827 Euro, hat eine deutsche Website ausgerechnet. Dazu kommt eine monatliche Entschädigung von bis 21.200 Euro für Bürokosten.²

¹ Haller, Integration als Elitenprozess, S.134

² <http://diepresse.com/home/politik/eu/1384673/EUAbgeordnete-verdienen-das-Neunfache>

Die EU erklärte dazu, dass man das nicht so rechnen dürfe und dass die angenommenen Beträge maximale Summen seien. Das mag richtig sein, aber in diesen Obergrenzen sind die Einkünfte aus diversen Zwei- und Drittjobs natürlich nicht enthalten, die ja „praktisch nie“ in Zusammenhang mit der parlamentarischen Tätigkeit stehen.

Der Öffentlichkeit gegenüber geben die Parlamentarier üblicherweise ein Grundgehalt von etwa 8.000 Euro an und pflegen den Mantel des Schweigens über die Zulagen zu breiten, die sie von der EU bekommen - mit der Begründung, dass ihnen diese nur zustünden, wenn sie bei den Sitzungen anwesend seien.

Doch die Mandatare sorgen schon dafür, dass ihnen nicht allzu viele Tagungsgelder entgehen. Ein deutscher Sender hat vor ein paar Jahren Abgeordnete gefilmt, wie sie sich an einem Freitag, schon mit dem Koffer in der Hand, in die Anwesenheitsliste eingetragen und sich danach eilig ins Wochenende aufgemacht haben. Der „Drahtzieher“ dieses Beitrags, der österreichische EU-Abgeordnete Hans-Peter Martin, hat sich bei seinen Kollegen damit besonders beliebt gemacht.³

Fragt man, inwieweit die MEP ihre Wähler vertreten, wirkt selbst das Grundgehalt überhöht. Haller vergleicht Stimmverhalten und Einstellungen der Abgeordneten mit jenen der nationalen Stimmbürger und stellt dabei fest, dass sich gerade in Sachen Europa eine „tiefe Kluft“ zwischen Vertretern und Vertretenen, Anführern und Angeführten auftut.⁴

Das war schon vor 20 Jahren so, als die Stimmung noch besser und die Wahlbeteiligung zu den Europawahlen noch um ein Viertel höher war. Doch schon damals entfuhr einem Experten die Frage, ob die politischen Führer „in der gleichen europäischen Welt leben wie die Bürger von denen sie behaupten, dass sie sie repräsentieren“. Inzwischen ist die tiefe Kluft von damals zu einem gähnenden Abgrund geworden.

Am tiefsten ist dieser Graben zwischen Bürgern und MEP - ausgeprägter als zwischen Bürgern und nationalen Parlamentsabgeordneten. Am weitesten auseinander lagen die Werthaltungen in Deutschland und den Niederlanden, wo doppelt so viele MEP als deutsche Bürger angaben, „stolz auf Europa zu sein“. In Österreich war diese Kluft 1999 gar nicht so ausgeprägt⁵. Sie ist seither aber größer geworden. Von den 19 aus der Alpenrepublik stammenden MEP treten wenigstens drei Viertel für eine weitere Zentralisierung in einem Staat ein - eine Position, die in der österreichischen Wahlbevölkerung bei weitem nicht mehrheitsfähig ist.

Europäischer Burgfriede

Der Abgrund ist so groß, weil die europäische Staatenbildung seit Jahrzehnten die unter Sozialdemokraten und Christdemokraten herrschende Lehre ist – während in vielen Staaten die Mehrheit der Bürger gern darauf verzichten würde.

Historisch gesehen gehen Wirtschaftsgemeinschaft und Union auf die beiden „Volksparteien“ zurück, also auf Parteien, deren Anhängerschaft quer durch die sozialen Schichten geht. Die Christ- und die Sozialdemokraten sind es auch, die einander auf Basis eines bis in die Nachkriegszeit zurückreichenden historischen Kompromisses bei der Besetzung der Spitzenpositionen in Kommission Parlament abwechseln. „Einmal der Giggel, einmal der

³ <http://www.youtube.com/watch?v=wzEQWigzz30>

⁴ Haller, Integration als Elitenprozess, S. 44

⁵ Ebd., S. 45

Goggel", wie es im Volksmund heißt.

Von den beiden großen Parteifamilien unterscheiden sich die Zielgruppenparteien, die sich um bestimmte, genau definierte soziale und bildungsmäßige Gruppen bemühen. Diese tun sich in Einzelfragen leichter, von Mehrheitsmeinungen abzuweichen.

In Sachen EU-Frömmerei sind die Massenparteien inzwischen von zwei kleineren Gruppierungen überholt worden, die aus ideologischen Gründen eigentlich gegen einen europäischen Gesamtstaat eingestellt sein müssten: Die Grünen, die Begriffe wie "Basisdemokratie" und "Nachhaltigkeit" in den heutigen Wortschatz eingeführt haben. Und die Liberalen, die gegenüber großen Herrschaftseinheiten und autoritären Regierungsmodellen skeptisch eingestellt waren – früher einmal.

Liberalen und Grüne bezahlen für die Aufnahme in das europäische Pantheon also mit dem Verrat an bisherigen Glaubensartikeln und Grundwerten. -ebenso wie die früheren Volksparteien, die den Eintrittspreis schon lang entrichtet haben.

Eigentlich sind auch die Grünen und die Liberalen schon länger "für Europa", d.h. für einen europäischen Staat. Ihre Politiker sind mittlerweile ganz besonders „Glühende Europäer“.

Besonders deutlich ist das seit Herbst 2012. Damals haben Daniel Cohn-Bendit und Guy Verhofstadt, die Fraktionschefs der europäischen Grünen und der Liberalen (ALDE), gemeinsam ein Manifest für ein „föderales Europa“ verfasst. Darin werben sie für ein Europa, das von den Bürgern selbst geschaffen werden soll und „nicht wie bisher von den Politikern und Eliten“, wie es in einem Zeitungsartikel über die beiden heißt.⁶

Zyniker können bei einem solchen Satz aus diesem Mund nur genussvoll mit der Zunge schnalzen. Es gibt nur wenige Beispiele, in denen die Redensart vom Bock, der Gärtner sein möchte, passender ist. Denn diese beiden selbsternannten Fans eines "Bürger-Europa" sind klassische Berufspolitiker.

Von vielleicht einem "Ausrutscher" abgesehen findet sich in ihren Lebensläufen kaum etwas davon, dass Cohn-Bendit und Verhofstadt jemals einem nicht-politischen Brotberuf nachgegangen wären.⁷

Der „rote Dany“ mutierte in den 1980ern vom Berufsrevolutionär zum Mandatar, zuerst auf kommunaler Ebene und seit 1994 in Straßburg. Verhofstadt hat sich bei den belgischen Liberalen hochgedient und war neun Jahre lang Premierminister. Das einzige, was die zwei von den anderen Apparatschiks im EP unterscheidet, ist, dass sie keiner der großen Fraktionen angehören. Aber sie haben in ihren Funktionen und Fraktionen mitgeholfen, die Falle aufzubauen, in der sich die EU-Länder verfangen haben, in erster Linie Verhofstadt, der von 1999 bis 2008 die belgische Regierung anführte und dessen Koalition die Verträge von Nizza, den Verfassungsvertrag und den Vertrag von Lissabon unterzeichnete.

Aber auch Cohn-Bendit, der seit dem Kosovokrieg zu den "Kriegstreibern"⁸ gehört, hat sein Scherlein dazu beigetragen.⁹

⁶ <http://www.zeit.de/politik/ausland/2012-10/europa-manifest>

⁷ Verhofstadt hat laut Wikipedia nach dem Studium ein paar Jahre in einer Anwaltskanzlei gearbeitet

⁸ Vornehmer ausgedrückt: "Bellizisten"

⁹ Natürlich nicht so viel wie sein Exgenosse Joschka Fischer, der als deutscher Außenminister sein Land in den ersten Krieg seit 1945 geschickt hat. Fischer hielt im Mai 2000 eine Grundsatzrede, in der er eine "konstitutionelle Neugründung Europas" forderte. Diese könne durch den "Übergang vom Staatenverbund der Union hin zur vollen

Heute heben sie belehrend den Finger und behaupten, die Misere sei durch „zu wenig Europa“ entstanden: „Die Politik und die nationalen Regierungen haben versagt. Sie denken nur an ihre nationalen Interessen.“ Doch eigentlich rennen sie bei den Kritisierten den nationalen Regierungen offene Türen ein, weil diese auch viel lieber EU-Funktionäre wären.

Mit Liberalen und Grünen sind vier Fünftel der Europaparlamentarier auf Linie. Nur am rechten und linken Rand sind ein paar versprengte Abgeordnete übrig geblieben, die ihre Zweifel am „europäischen Projekt“ kundtun. Wie einst Kaiser Wilhelm am Beginn des Ersten Weltkriegs könnte der deutsche Parlamentspräsident Martin Schulz heute stolz erklären: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Europäer!“¹⁰

Was sich in Straßburg zeigt, hat auch in Parlamenten, Parteien und Berufsorganisationen auf dem ganzen Kontinent stattgefunden. Ein Netz aus Vorfeldorganisationen hat sich über sie gelegt, Organisationen, in denen man Mitglied sein muss, um voranzukommen und an wählbarer Stelle gereiht zu werden. Dabei ist es eher egal, ob man zu den Roten, Schwarzen, Gelben oder Grünen gehört. Einzig wichtig sind das Bekenntnis zur EU-Heilslehre und die Loyalität zum künftigen großen Bundesstaat.

Von den wenigsten dieser Gruppen weiß die Öffentlichkeit überhaupt, dass sie existieren. Etwas bekannter sind beispielsweise die „Europa-Union Deutschland“ oder das „European Movement“, ein Zusammenschluss von 31 Vereinen. Im deutschen Bundestag sitzt die „Europa-Union Parlamentariergruppe Deutscher Bundestag“, der mehr als ein Viertel der Abgeordneten angehört. Nur die Linke ist (noch) nicht in dieser Schattenfraktion vertreten.¹¹

In der Wirtschaft würde die Vorgehensweise der Politiker als „Verhaltenskartell“ bezeichnet, bei dem sich die Player zum Schaden des „Konsumenten“ untereinander abstimmen - ohne dass dies schriftlich festgehalten worden wäre. Kartellhüter müssten aber auch ohne solche Aufzeichnungen dagegen einschreiten. Und was bei Zement und Benzin bedenklich ist, müsste in der Volksvertretungsbranche eigentlich erst recht problematisch sein.

Kartellbehörden, die Erfahrungen mit geschlossenen Märkten gemacht haben, wüssten sofort, was man auch hier zu erwarten hat: einen vielleicht verdeckten, aber organisierten Widerstand gegen alle, die in das Revier der alten Mächte eindringen wollen. Sie würden das in ihrer Fachsprache vielleicht so ausdrücken: "In der EU hat sich der 'relevante Markt' zwar vervielfacht, aber der Marktanteil der Incumbents liegt bei 80 Prozent. Die Eintrittsbarrieren für Neue sind viel zu hoch. Um einen fairen Wettbewerb herzustellen, müssen wir asymmetrisch regulieren. Wir müssen strenge Sonderregeln für die Platzhirsche durchsetzen, um damit neu auftretende Wettbewerber unterstützen."

Das ist natürlich Utopie. Es gibt keine solchen „Wachhunde“, die befugt wären, gegen die "marktbeherrschende Stellung"¹² der politischen Kartellparteien vorzugehen - und wahrscheinlich ist das gut so.

Aber es zeigt, welche "wirtschaftliche Logik" hinter der Burgfriedenspolitik im EP steckt und

Parlamentarisierung in einer Europäischen Föderation" gewährleistet werden.

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/grundsatzrede-joschka-fischer-will-eu-umkrepeln-a-76237.html>

¹⁰ <http://de.wikipedia.org/wiki/Burgfriedenspolitik>

¹¹ Zum Thema europäistische Schattenfraktionen in Deutschland:

<http://www.radio-utopie.de/2011/08/26/die-schatten-fraktion-des-deutschen-bundestages/>

¹² http://de.wikipedia.org/wiki/Marktbeherrschende_Stellung

was eigentlich getan werden müsste, um den gerade erst entstehenden politischen Trust wieder aufzusprengen.

Das Überall-Land

„The EU Constitution is something new in human history (...) The language throughout the draft constitution speaks of universalism, making it clear that its focus is not a people, or a territory, or a nation, but rather the human race and the planet we inhabit.“ Jeremy Rifkin

"The greatest tyrannies are always perpetrated in the name of the noblest causes." Thomas Paine

„Shakespeare, Dürer und Mozart haben mit einem politischen Staatengebilde, welcher Art auch immer, nichts zu tun, man braucht es nicht, um sich ihnen verwandt zu fühlen.“ Daniela Strigl

Es ist ein gewaltiges Heerlager von Mächtigen-Karrieristen, das sich um eine Fahne versammelt hat, die manchmal als „europäische Idee“ bezeichnet wird. Schade nur, dass eine solche gar nicht existiert - zumindest nicht in einer Form, in der sie für eine politische Sammlungsbewegung zu gebrauchen wäre.

In der Geschichte hat es bis jetzt keinen europäischen Staat gegeben, der der heutigen Union ähnlich gesehen hätte. Es gab auch kein europäisches Volk oder gar einen solchen Menschen.

Natürlich gab es immer Individuen und Gruppen, die sich z.B. als europäische Christen, katholische Europäer oder auch als Weltbürger fühlten. Oft waren es Individuen, die nicht lokal gebunden handelten.

Sie haben aber zu keinem Zeitpunkt mehr als vielleicht zehn oder 15 Prozent der Bevölkerung ausgemacht. Zu den Europäern in diesem Sinn gehörten: der hohe Adel, die Fernkaufleute, Wandermönche, Studenten und Handwerker, Vaganten, Söldner und Künstler. „Europäisch“ waren auch Wissenschaft und Kultur. Die Philosophen, Schriftsteller, Forscher und Maler, die zur gleichen Zeit lebten, kannten einander und (meistens) die Werke der anderen.

So gesehen waren alle großen Meister international, was lange Zeit europäisch bedeutete. Ob man über eine darüber hinausgehende gemeinsame Kultur von Sokrates über Leonardo und Galilei bis zu Voltaire, Marx, Tolstoi und Einstein sprechen kann, ist wenigstens fraglich.

Doch selbst wenn, ist das ist nicht die Art von Fundament, auf dem zwingend ein Staat errichtet werden müsste. Seit vielen Jahren zerbrechen sich gescheite und gut bezahlte Experten den Kopf darüber, was das europäische Projekt überhaupt ist und wo seine Grenzen gezogen werden sollen.

Um dieses Thema dreht sich zum Beispiel eine einleitende Passage in einem 2007 erschienen Buch mit dem Titel „Imperium der Zukunft“. Der Autor Alan Posener schildert darin ein Interview mit Olli Rehn, der damals Kommissar für die EU-Erweiterung war. Heute ist Rehn für Wirtschaft und Währung zuständig und in der Kommission der zweitmächtigste Mann hinter Barroso.

Rehn sagt, der Begriff von Europa müsse „funktional“ gesehen werden: „Europas Werte definieren Europas Grenzen. Diskussionen a priori über geografische Grenzen und Aufnahmefähigkeit sind schlicht und einfach theologisch.“ Posener übersetzt das aus der Eurokraten-Sprache so: „Mögen andere uns Grenzen setzen. Wir setzen uns keine.“

Dann zitiert der Finne, der aus einer liberalen Partei kommt, einen marxistischen Historiker mit dem Satz: „Geographisch hat Europa, wie jeder weiß, keine östliche Grenze. Der Kontinent existiert also ausschließlich als intellektuelles Konstrukt.“ Und weil Europa keine geographischen Grenzen habe, könne man auch keine Schranke für künftige Süd- oder Osterweiterungen angeben. Diese würden von den „sich entwickelnden politischen Ambitionen der Union“ abhängen. Der Interviewer übersetzt dies mit: „Der Appetit kommt beim Essen.“

Damit ist zuerst einmal klar, dass sich Rehns Position völlig vom Leitgedanken herkömmlicher nationaler Einigungen unterscheidet, auch wenn diese nicht „von unten“ erzwungen sondern „von oben“ eingeführt worden sind. Beispielsweise bei der deutschen Wiedervereinigung vor fast 25 Jahren. Der frühere deutsche Bundeskanzler Willy Brandt soll damals den Fall der Berliner Mauer mit dem Satz kommentiert haben: „Nun wächst zusammen, was zusammengehört.“

Das hat noch keiner von der EU behaupten können. Die Euro-Chauvinisten scheinen aber gar nichts Gemeinsames zu benötigen, das sich von selbst zusammenfügen würde.

Ihr Zukunftsstaat braucht gar keine geographischen oder ethnischen Grenzen.

Um europäisch zu sein, reicht es aus, gemeinsame Werte und ähnliche politische Vorstellungen haben. Europa würde so zu einem Überall-Land ohne fixe Grenzen. Ein Überall-Land, das gleichzeitig ein Nirgendwo-Land wäre, ein „Utopia“, wie Thomas Morus dazu gesagt hätte. „Europas Werte definieren Europas Grenzen“ und Europas Werte sind allgemein. Prägnanter kann ein universeller, weltweit gültiger Herrschaftsanspruch nicht formuliert werden.

Der Universalismus der EU ist der Nachfolger einer Idee, die es schon im Mittelalter gegeben hat. Der damalige Universalismus begründete den Machtanspruch der deutsch-römischen Kaiser durch ein von Gott verliehenes Recht. Jeder Schüler kennt den Wahlspruch Friedrichs III, A.E.I.O.U: „Alles Erdreich ist Österreich untertan“ (gemeint war das Herrscherhaus). Natürlich hätte auch ein römisch-katholischer Staat selbst einen weltumfassenden Anspruch.

Aber auch der chinesische Kaiser sah sich als „Sohn des Himmels“, dem alle anderen Fürsten unterworfen waren. Wer heute Peking besucht, kann sich im Himmelstempel auf einen Marmorstein stellen, den die alten Chinesen als „Mittelpunkt der Welt“ betrachteten. Eine universelle Monarchie beansprucht in letzter Konsequenz die Alleinherrschaft über den ganzen Erdkreis.

Auch der moderne europäische Universalismus stellt für seine Werte den Anspruch, weltweit gültig zu sein. Es sind andere, moderner klingende als jene des christlichen Mittelalters: Menschenwürde, Freiheit und Gleichheit beispielsweise.

Auf diese Prinzipien sind alle Mitglieder der Union verpflichtet. Neue Mitglieder müssen seit 1993 die sogenannten Kopenhagener Kriterien zu ihrem politischen System und den Menschenrechten erfüllen. Die Werte sollen auch aktiv nach außen getragen werden. Die Grundrechte sind seltsamerweise kein Bestandteil des Vertrags von Lissabon, sondern in einer im Jahr 2000 in Nizza proklamierten Charta verankert. Sie sollen als gleichrangig mit den anderen EU-Verträgen angesehen werden.

Ist etwas gegen Leitvorstellungen über menschliche Grundrechte einzuwenden? Sicherlich nicht!

Aber es gibt seit Jahrhunderten die Erfahrung, dass der Universalismus als Rechtfertigung für

Machthunger bzw. die Ausdehnung von Herrschaft verwendet wird; oder zur zwangsweisen Evangelisierung ungläubiger Barbaren beispielsweise. Dem liegt das Muster zugrunde, angeblich universell gültige Werte und Regeln gewaltsam durchzusetzen und/oder dabei ganz andere Ziele zu verfolgen als behauptet.

"Viele meiner Freunde und Kollegen zögern, die Existenz universeller Naturrechte anzuzweifeln, damit sie sich nicht gezwungen sehen, amerikanische oder weltweite Interventionen zu unterstützen, mit denen versucht wird, diese durchzusetzen", schreibt der libertäre Denker Murray Rothbard in einem Stück über den "gerechten Krieg". Eine Verletzung dieser Rechte bedeutet für ihn aber nicht zwingend, dass andere verpflichtet sind, zu intervenieren. "Die Rechte mögen universell, aber ihre Durchsetzung muss lokal sein."¹³

Ein anderer amerikanischer Sozialwissenschaftler hat in einem 2006 veröffentlichten Büchlein¹⁴ gezeigt, dass Wurzeln der heutigen Diskussionen über Militärinterventionen aus humanitären Gründen eigentlich in Europa, bzw. im neuzeitlichen europäischen Kolonialismus liegen. Die Ur-Debatten dazu sind schon im 16. Jahrhundert am spanischen Hof geführt worden sind. Natürlich ging es damals nicht um arabische Diktatoren und die modernen Menschenrechte, sondern um die Spanier, die Indios und den christlichen Glauben.

Zwei katholische Theologen prallten dabei aufeinander. Der eine rechtfertigte Versklavung und zwangsweise Bekehrung der "unzivilisierten" Eingeborenen mit "universalistischen" und naturrechtlichen Argumenten und der andere, Bartolomäus de Las Casas, zerpflückte diese, ohne aber vom universellen Anspruch seiner Religion abrücken zu können. Im Gegenteil. Las Casas führte seinen Lebenskampf gegen die Versklavung der Indios und das Leid, das der spanische Kolonialismus unter ihnen verursachte selbst im Namen universeller Werte.

Mit dieser Brille sieht Wallerstein auch die Aktionen der westlichen Staatsmänner, wenn sie sich anschicken hehre Ziele mit Bomben und Granaten durchzusetzen: "Das Äquivalent des 21. Jahrhunderts (der gewaltsamen Evangelisierung) sind das Recht und die Pflicht, die Demokratie zu verbreiten."

Europäischer Universalismus besteht aus "Doktrinen und moralischen Anschauungen, die aus einem europäischen Zusammenhang kommen, die aber als globale Werte präsentiert werden (...). Er ist eine in moralischer Hinsicht doppelbödiges Strategie. Er attackiert die Verbrechen mancher und geht über die Verbrechen der anderen hinweg, selbst wenn diese die Kriterien des angerufenen Naturrechts verletzt haben."¹⁵

Las Casas Widersacher, Juan Ginés de Sepúlveda, baute auf einem „europäischen Universalismus“ auf, wenn er über die "gerechten Gründe für den Krieg gegen die Indianer" dozierte.

Dies ist für Wallerstein letztlich auch die Ideologie, die die USA für ihre internationalen Operationen benutzen. Spätestens seit der sogenannten Entkolonisierung, als die Engländer und Franzosen ihre verbliebenen überseeischen Gebiete aufgeben mussten, sind auch die USA zum Bannerträger eines doppelbödigen Universalismus geworden.

Jeder Zeitungsleser versteht leicht, was gemeint ist: Menschenrechte in Gaddafi-Libyen: wichtig, Menschenrechte in Saudiarabien: unwichtig, Atomwaffen im Iran: gefährlich,

¹³ <http://archive.lewrockwell.com/rothbard/rothbard20.html>

¹⁴ Immanuel Wallerstein, The European Universalism. The Rhetoric of Power.

¹⁵ Ebd., S27f.

Atomwaffen in Israel: weniger gefährlich, Giftgas in Syrien: Rote Linie überschritten, Giftgas in Kurdistan: „Solang es einem guten Zweck dient...“¹⁶; Al Kaida in New York: böse, Al Kaida in Syrien: gut, Kokaanbau in Kolumbien: unerträglich, Mohnanbau in Afghanistan: „Kann man nix machen“, etc.

Noch vor wenigen Jahren hätte man diese Doppelzüngigkeit vielleicht zu einem Phänomen des amerikanischen Neokonservatismus erklärt, einer bestimmten Ideologie mit ihren elitistischen Eierköpfen wie Leo Strauss und imperialistischen Polit-Cowboys wie George W. Bush.

Doch dieser Kompass ist irgendwie durcheinander geraten. Der aus Deutschland emigrierte "neokonservative Intellektuelle" Strauss war in Wirklichkeit ein "liberaler Internationalist" und "Trueman-Kennedy-Demokrat", dem Eisenhower zu rechts war.¹⁷ Und der von den "Liberalen" sehnsüchtig erwartete demokratische Präsident Barack Obama stellt Bush nicht nur bei der Zerstörung der bürgerlichen Freiheiten in den Schatten, sondern eifert diesem auch in der Außenpolitik nach. Obama ist nur ein anderer Ast am selben Baum.

Ähnlich das Bild bei den Europäern. In Sachen Scheinheiligkeit¹⁸ haben sie die Amerikaner längst wieder überholt. Der europäische Universalismus kehrt aus Übersee zurück – dorthin, wo er hergekommen ist: auf den Kontinent, von dem die Kreuzfahrerheere loszogen und nach Paris und London, wo man glaubte, die Wilden zivilisieren zu müssen und wo man den liberalen Imperialismus¹⁹ auch erfunden hat.

Die Europäer betrachten den bigotten Universalismus, der nur zum Anliegen macht, was ihren Mächtigen gerade in den Kram passt, als Geburtsrecht. Vielleicht kann dieses Privileg seiner alten Heimat, die sich gerade auf die Suche nach einer Sendung gemacht hat, ja aus ihrer Identitätskrise und beim Aufbau eines Reichs des Guten helfen.²⁰

Kollektive Führung

Die EU wird von politischen Akteuren getragen, die aus allen europäischen Nationen stammen - beileibe nicht ausschließlich aus Deutschland oder Frankreich, wie das manche argwöhnen. Die europäischen Führer können heute ohne weiteres auch aus Portugal, Luxemburg oder Polen kommen (sofern sie nach der Pfeife von Berlin, Paris und Brüssel tanzen).

Die Staatenbildung ist ein Prozess, der sich über viele Jahre und vielleicht Jahrzehnte zieht. Wie der Adel in früheren Zeiten kommt auch die neue EU-Aristokratie aus „Stammländern“ hervor, Gebieten, in denen ihre Vorfahren lebten. Im Unterschied zu ihrer "Basis" ist sie aber immer weniger stark national gebunden. Die europäischen Völker vermischen sich nicht - ihre alten, neuen Herren tun es aber. Letztere wollen dies vielleicht noch verbergen, handeln aber bereits als europäische Klasse. Behauptungen, dass sich nationale Politiker an nationale

¹⁶

<http://libertyblitzkrieg.com/2013/08/26/foreign-policy-cia-documents-show-the-u-s-helped-saddam-husseini-use-chemical-weapons/>

¹⁷ Paul Edward Gottfried, Leo Strauss and the conservative movement in America, 2012, S.58

¹⁸ <http://de.wikipedia.org/wiki/Bigotterie>

¹⁹ Siehe dazu Karuna Mantena; The crisis of liberal imperialism, 2010

²⁰ Siehe Unterkapitel "Der Imperialist"

Zuständigkeiten klammern würden, sind Humbug.²¹, mit dem sich Politiker das Selbstbild eitler Journalisten zunutze machen, die allen Ernstes glauben, sie seien kritische und irgendwie machtförne Berichterstatter.

Das Handeln der nationalen Führer widerlegt diese Jammerei laufend. Die nationalen Politiker achten darauf, dass sie und ihre Nachfolger im europäischen Machtspiel nicht zu kurz kommen – in den großen Dingen agieren sie aber praktisch immer in Abstimmung mit der Kommission und den Fraktionsspitzen im Parlament. Differenzen zwischen den drei Gruppen: nationalen Politikern, EU-Beamten und EU-Parlamentariern bestehen nur noch auf taktischer Ebene.

Letztlich sind heute alle drei prinzipiell gleichberechtigte Bestandteile der „kollektiven Führung“ in der EU, auch das Parlament - dieses vielleicht noch mit einem kleinen Respektabstand. Man darf jedenfalls davon ausgehen, dass es in diesem "liderazgo colectivo" einen extrem ausgeprägten Korpsgeist²² gibt, der sich noch nicht entsprechend äußern darf. Dieser Korpsgeist beseelt die "Schulzen und Karase" ebensowohl wie die nationalen Minister und Kommissare.

Wie die Führungs- und Informationshierarchie in der Praxis funktioniert, zeigt sich am Freihandelsabkommen TTIP²³ zwischen der EU und den USA, einem Vertrag, der unter völliger Ausschaltung "der Öffentlichkeit" verhandelt wird. Selbstverständlich gibt die Kommission die Details aus den Verhandlungen an "vertrauenswürdige" Regierungen und die Spitzen des EU-Parlaments weiter. Und diese informieren die für wichtig erachteten Interessensgruppen, klarerweise selektiv. Mit einem transparenten oder irgendwie demokratischen Vorgang hat das nichts zu tun.

Alle drei Seiten wissen, dass das aktuell bestehende Kräfteverhältnis zwischen den drei Machtgruppen nicht auf alle Zukunft festgeschrieben ist. Wie sich in den Verhandlungen zum TTIP andeutet, dürfte sich der Schwerpunkt der Macht weg von den nationalen Regierungen und sogar vom europäischen Parlament bewegen. Er wird sich wohl hin zu den Beamten und "Experten" verschieben.

Diese werden oft zu Hütern des Gemeinwohls hochstilisiert, sind aber nur demokratisch nicht legitimierte Entscheidungsträger mit Spezialkenntnissen. "Politikmacher", die niemandem außer ihrer eigenen Moral und Urteilskraft verpflichtet sind (hoffentlich wenigstens diesen). In der EZB ist die **Expertenherrschaft** schon in ihrer Reinform verwirklicht.

Die ursprüngliche Idee einer Herrschaft durch am eigenen Vorteil (angeblich) desinteressierte, eigen-willige Akteure stammt eigentlich von Plato. Sie ist das Gedankenexperiment eines politischen Philosophen. Die beste Staatsform, meinte er, sei jene, in der die Philosophen Könige seien und die Könige Philosophen.²⁴ Durch ein uneingeschränktes Machtmonopol für diese Könige könne gerechte Herrschaft hergestellt werden.

Die Vorstellung von regierenden Philosophen ist aber nicht mehr modern (und der heutige Begriff des Philosophen ist ein ganz anderer als der damalige). In der Gegenwart würde kein

²¹ Siehe z.B. die schleichende Abschaffung der nationalen Vetos sowie die Veränderung der Stimmgewichte im Ministerrat. Kapitel "Die süßen Früchte der Kleinen Tiere".

²² <http://de.wikipedia.org/wiki/Korpsgeist>

²³ http://de.wikipedia.org/wiki/Transatlantisches_Freihandelsabkommen

²⁴ <http://de.wikipedia.org/wiki/Philosophenherrschaft>

Mensch mehr den als weltfremd und unproduktiv geltenden Philosophen die Staatsgeschäfte anvertrauen wollen.

„Erfahrenen“ oder „Erprobten“, wie der lateinische Experten-Begriff lautet, aber sehr wohl. Ähnlich wie Platos Philosophenkönig ist der moderne Experte ausschließlich „der Sache“ bzw. "der besten Lösung" verpflichtet - und auch dafür erzogen - wenigstens der Idealvorstellung nach. Derzeit herrscht in der EU noch eine Mischform aus Expertenherrschaft, Demokratie und Oligarchie vor.

Das heutige Organisationsprinzip der EU-Macht kopiert seltsamerweise ein Modell, das in der marxistisch-leninistischen Parteitheorie als „Kollektive Führung“ bezeichnet wird. Es wurde 1953, nach dem Tod Stalins in der untergegangenen Sowjetunion entwickelt und wird heute noch z.B. in Volksrepublik China praktiziert.

Die Entscheidungen fallen in einem kleinen Gremium prinzipiell gleichberechtigter Insider, nach Möglichkeit einstimmig. Diesem Ausschuss sitzt eine Person vor, die „Erste(r) unter Gleichen“ ist, in der UdSSR üblicherweise der Generalsekretär der Partei bzw. der Vorsitzende des Politbüros.²⁵ In der EU entspricht diese Funktion dem Präsidenten der Kommission. Der Generalsekretär bzw. der Erste Kommissar ist die de facto mächtigste Person. Sie ist kein absoluter Herrscher, bei ihr laufen aber alle Fäden zusammen.

In der nachstalinistischen Sowjetunion leitete das Politbüro seine Macht vom Anspruch ab, einen mächtigeren Ausschuss zu vertreten - das ZK der KPdSU. Dieses traf sich - wie heute die europäischen Regierungschefs - nur jedes halbe Jahr. Theoretisch wurde das ZK vom Parteitag gewählt, dürfte in der Praxis aber ernannt worden sein - auf „Vorschlag“ des Spitzengremiums, des Politbüros.

Dieses wurde erst ein paar Jahre nach der Oktoberrevolution ins Leben gerufen, als sich abzeichnete, dass eine permanente (echte) Regierung benötigt wurde. Das Parteisekretariat und Politbüro waren eine solche „ständige Exekutive“. Diese tagte permanent und traf in der Theorie die Entscheidungen für das Zentralkomitee - war faktisch aber weitgehend selbstständig.

Das "Zentralkomitee der EU" wurde ursprünglich von den Regierungschefs (Parteichefs) und den Fachministern gebildet. Es wurde freilich nicht auf einem europaweiten Parteitag gewählt, was der einzige gravierende Unterschied zwischen den beiden Modellen ist. Das "ZK der EU" geht (ging) aus Wahlen und Bestellungsverfahren in den nationalen „Volksparteien“, also bei Sozialdemokraten und Konservativen hervor. Dieses alte Modell scheint sich aber gerade zu verändern.

Wegen des „Machtzuwachses“ des Parlaments und weil Grüne und Liberale gerade dabei sind, in das europäische Parteienkartell aufgenommen zu werden, wird sich die bisherige Vorherrschaft der Sozial- und Christdemokraten schon bald abschwächen. Künftig werden Liberale und Grüne öfter als bisher dem ZK angehören - als Abgesandte von nationalen Regierungen, vor allem aber als Emissäre des EU-Parlaments(präsidiums). Das wird notwendig, um den vergrößerten (formalen) Kompetenzen des Parlaments Rechnung zu tragen. Künftig muss noch stärker als bisher die Wahl des Kommissionspräsidenten mit dem Parlament abgestimmt werden, da andernfalls ein peinliches Schauspiel droht.

Das hat nichts mit "mehr Demokratie" zu tun, sondern heißt nur, dass die Alphatiere des

²⁵ http://universal_lexikon.deacademic.com/261159/kollektive_F%C3%BChrung

Parlaments und seiner (loyalen) Fraktionen in jenen im Geheimen tagenden Gremien stärker werden, die wirklichen Gesetzgeber der EU sind.

Der sogenannte **Trilog** ist ein aussagekräftiges, aber das bei weitem nicht krasseste Beispiel für den Gesetzgebungsprozess im Hinterzimmer. Dieses in keinem einzigen Vertrag erwähnte Gremium ist in den vergangenen Jahren zur zentralen Gesetzgebungsmaschine der Union aufgestiegen. Allein 2013 hat es 1.000 sogenannte Trilog-Treffen gegeben.²⁶

Diese informellen Gruppen werden von Rat, Parlament und Kommission beschickt, wobei es der Kommission mithilfe einer gesetzgeberischen Finesse oft gelingt, das Ruder an sich zu reißen. "Die Kommission sollte für die Trilogie eigentlich (nur) eine unterstützende Rolle spielen, in Wirklichkeit wird sie aber mehr und mehr zu dessen Herrscher", schildert ein vom „EU-ObsERVER“ zitierter Lobbyist.

Das hat dazu geführt, dass in der EU- Gesetzgebung eine "Blackbox" geworden ist, in die „kein Fremder“ hineinschauen kann. Vor der endgültigen Abstimmung im Plenum ist das Gesetz nur zweimal sichtbar: Als Kommissionsvorschlag und nach dem Ende des Trilogs in jener Fassung, die durch den zuständigen Ausschuss beschlossen wird. Der Rest ist für Dritte unsichtbar - natürlich mit Ausnahme der einschlägig vernetzten Lobbyisten, die binnen Stunden über "vertrauliche" Gespräche informiert werden.

Trotzdem sind im Trilog aber **noch ein paar Leute anwesend, die man als "Fußvolk" bezeichnen könnte**; zwar hoffnungslos in der Minderzahl, aber immerhin gibt es sie: kleine EU- oder Ratsbeamte, normale Parlamentsabgeordnete der Mehrheitsfraktionen und "Schattenberichterstatter" der (loyalen) parlamentarischen Opposition.

Aber erstens sind diese - de jure oder de facto - weisungsgebunden und zweitens sind sie gegenüber den "Vereinnahmten"²⁷ Teilnehmern in der Minderzahl (EU-Botschafter, hohe Kommissionsbeamte und Parlamentsbonzen). Vor allem aber **werden die entscheidenden, "nicht-technischen" Fragen ohnedies woanders entschieden - nämlich im noch viel unsichtbareren "Zentralkomitee"**.

Auch Ausschussvorsitzender und Berichterstatter hätten keine Chance sich gegen die Oligarchen durchzusetzen, wenn sie das wollten - auch wenn sie diese an Sachkenntnis weit übertreffen. Die Abgeordneten sitzen theoretisch zwar auf einem freien Mandat - wenn ihnen ihr Job lieb ist, sollten sie es sich mit ihren Bonzen aber nicht verscherzen und es besser nicht ausüben.

Dass ihre Oberen noch gar nicht in Brüssel sitzen, tut nichts zur Sache. Die Listen für die EU-Parlamentswahlen werden ja von den Parteichefs in den Mitgliedsstaaten erstellt - und die sitzen genauso im "Zentralkomitee" wie die leitenden Funktionäre der europäischen Dachparteien.

Dem Parlament selbst kommt in diesem Modell jedenfalls nur noch jene bloß dekorative Funktion zu, die auch der verblichene Oberste Sowjet hatte²⁸. Immerhin tagt das EUP öfter als dieser und hätte mit seinen 766 Abgeordneten (und den dazugehörigen Referenten) eigentlich ausreichend Kapazitäten, um der Kommission zuzuarbeiten, sozusagen auf Expertenebene. Dabei können sich die gut bezahlten Mandatäre durchaus ein wenig nützlich machen indem sie

²⁶ <http://euobserver.com/investigations/123555>

²⁷ "captured"

²⁸ http://de.wikipedia.org/wiki/Oberster_Sowjet_der_UdSSR

elegantere und technisch bessere Alternativen zu den Texten von Kommission und Rat erarbeiten.

Ob die künftige Macht der EU-Angeordneten an die ihrer seligen Sowjetkollegen heranreichen oder diese sogar übertreffen wird, lässt sich frühestens nach den Wahlen vom Mai 2014 abschätzen. Die Zeichen für Letzteres stehen nicht besonders gut. Während der Oberste Sowjet immerhin den Rat der Volkskommissare/Ministerrat wählen durfte, darf das EU-Parlament formal nur den Kommissionspräsidenten wählen, ist dabei aber auf einen Vorschlag der des Europäischen Rats angewiesen. Die Mitglieder der Regierung können sie höchstens ablehnen.

Sollte es jemals zur Schaffung eines europäischen Staatspräsidenten kommen, ist es mehr als zweifelhaft, ob das Parlament diesen wählen wird dürfen (was der Oberste Sowjet durfte). Es gibt wesentliche Player, die ein solches künftiges Amt direkt vom Volk wählen lassen wollen - beispielsweise Jean-Claude Juncker und Tony Blair.

Blair, der sich selbst Hoffnung auf dieses Amt machen dürfte, argumentiert folgendermaßen: Ein "großes Amt", für das die EU-Bürger direkt wählen könnten, würde bewirken, dass sich diese "Brüssel näher fühlten". Das europäische Parlament sei zwar direkt gewählt, "meiner Erfahrung nach fühlen sich die Leute ihren Parlamentsabgeordneten aber nicht nahe."²⁹

SPÖ und ÖVP halten sich offiziell dazu bedeckt und vernebeln die zugrundeliegende Gretchenfrage nach Kräften.³⁰

Es ist aber ziemlich klar, dass wenigstens die ÖVP eine solche Direktwahl will, weil sie sich davon ein besseres Image beim Wahlvolk und eine Beseitigung der "Frage nach dem "Demokratiedefizit" erhofft.

Die Wahlmodalität ist aber unwichtig, wenn nur das Amt eines einflusslosen Zeremonienmeisters entsteht. Sollte es sich tatsächlich nur um die Einführung eines EU-Grüßaugusts handeln, ist das Ganze wieder nur ein Trick, um dem Wähler *demokratische Legitimität* vorzugaukeln. Das wäre ärgerlich, aber wenigstens nicht (zusätzlich) demokratiegefährlich. Die Oligarchie, "das Zentralkomitee", würde weiter unbehelligt vor sich hinregieren, während der EU-Präsident freundlich und/oder senil von den Bildschirmen nicken würde.

Etwas anderes wäre es, wenn sich die EU einen starken Präsidenten zulegen würde - ähnlich wie Paul von Hindenburg in den 1920ern und 30ern. Der war jener deutsche Reichspräsident, der mit den Notverordnungen und Ausnahmezuständen anfang und der Hitler 1933 mit der Regierungsbildung beauftragte. Ein Jahr danach segnete Hindenburg das Zeitliche und der Führer ließ die Ämter des Kanzlers und des Präsidenten in seiner Person vereinigen.

Eine Verfassungsreform mit einem starken Präsidenten ist übrigens vor 20 Jahren schon einmal im kleinen Österreich vorgeschlagen worden.

Unter dem Schlagwort "Dritte Republik" verlangte Haider die Einführung eines

29

<http://www.dailymail.co.uk/news/article-2224793/Tony-Blair-Europe-needs-elected-President-stop-breaking-up.htm>

1

³⁰ Siehe z.B. OTS010, 8.8.2013: "Stärkung der Kommission und der demokratischen Legitimität der EU, Direktwahl des EU Präsidenten (...), informierte Staatssekretär Lopatka." Vielleicht könnte Lopatka bei nächster Gelegenheit auch darüber "informieren", was er sich unter diesem Amt vorstellt.

Präsidialsystems u.a. mit der Direktwahl des Bundeskanzlers, dessen Amt mit dem des Präsidenten zusammengelegt worden wäre. Die Reaktionen darauf waren eindeutig: "Führerpartei", "revolutionärer Umsturz geplant", "autoritäres Modell statt Konsensdemokratie", "Staat mit autoritär-populistischen Zügen", etc.

Wenn das, was Haider damals anstrebte, ein autoritärer Staat im Minimum-Maßstab war, dann läuft Blairs "großer EU-Posten" auf ein EU-weites Führer-System hinaus. Daran ändert der Umstand, dass dieser direkt gewählt werden würde, überhaupt nichts. Von einer "Stärkung der demokratischen Legitimität", wie das die ÖVP weismachen möchte, kann jedenfalls keine Rede sein.

Sonst müsste man auch beim sogenannten "18. Brumaire" von einer Stärkung seiner "demokratischen Legitimität" sprechen. Damals ließ sich Napoleon Bonaparte per Verfassungsreferendum zum Diktator auf Lebenszeit machen.³¹

Die Schaffung eines starken EU-Präsidentenpostens wäre also eine Vorbereitungshandlung für die Machtergreifung durch einen charismatischen Machthaber. Ein EU-Präsident mit nur repräsentativen Aufgaben würde sich dagegen ohne weiteres mit dem heute praktizierten Modell der Kollektiven Führung vertragen.

In der historischen Sowjetunion hat es diese nach dem krankheitsbedingten Rückzug Lenins aus der Politik schon einmal gegeben. Sie hielt sich aber nur vier oder fünf Jahre - so lange bis Stalin alle Macht an sich gezogen hatte. Erst nach dem Tod Stalins lebte dieses Modell wieder auf, dem die heutige Regierungspraxis in der EU wie aus dem Gesicht geschnitten ist.

Es ist, als habe ein unter Einfallslosigkeit leidender Drehbuchschreiber eine fremde Filmidee plagiirt und sich nicht einmal die Mühe gemacht, verräterische Details zu ändern.³²

Einmal bestellt, können sich die Mitglieder von ZK und Politbüro unbehelligt von einer überhaupt nicht mehr existierenden Öffentlichkeit³³ auf ihr "politisches Kerngeschäft" konzentrieren. Wie heute in der Volksrepublik China zu besichtigen, wären die einzigen Korrektive für die Regierenden die Intrigen und Gegenintrigen verfeindeter Fraktionen in den Gremien.

Bis jetzt scheint das "ZK" der EU die nationalen Parlamente aber noch nicht ausreichend im Griff haben. Das wird sich ändern müssen. Um die Interessen der Zentralmacht im Fall des Falles gegen potenziell aufmüpfige nationale Parlamente durchsetzen zu können, schmuggeln die Europäisten seit Jahrzehnten Passagen in die Verträge, die es ihnen erlauben sollen, ihren Putsch gegen die nationalen Verfassungen durch einen völlig legalen Schlussakkord zu vollenden.³⁴ Ergänzend dazu müsste ein Hieb mit dem Schwert geführt werden - ganz so, wie Alexander der Große (angeblich) das Problem mit dem gordischen Knoten gelöst hat.

³¹ Am 18. Brumaire, dem 9. November des Jahres 1799, hatte sich Napoleon in einem Staatsstreich zum Alleinherrscher (Konsul) ausgerufen. Zwei Monate später ließ er diesen Vorgang auch "demokratisch legitimieren" indem er ein Referendum abhalten ließ. 99,9 Prozent der Stimmberechtigten votierten damals für die neue Verfassung. http://en.wikipedia.org/wiki/French_constitutional_referendum,_1800

³² Z.B. dass das Zentralkomitee alle sechs Monate zusammentritt - so wie sich der Europäische Rat (regulär) einmal pro Halbjahr trifft. Auch bestimmte Regeln und Praktiken der Kommission wirken, als wären sie direkt aus einem sowjetischen Lehrbuch für Staatsbürgerkunde abgeschrieben worden.

³³ Siehe Kapitel Europäische Medien - Ein glatter Fehlstart

³⁴ Siehe das folgende Subkapitel

Selbstermächtigungen

Von den drei europäischen Machtblöcken können ("makropolitisch") heute nur die nationalen Regierungspolitiker einigermaßen selbstständig handeln - wenigstens nach außen hin und demokratisch legitimiert. Die Kommission und das Europäische Parlament haben keine bzw. eine nur geringfügige Berechtigung dafür. Noch immer müssen sie die Rechte, die sie neu bekommen, letztlich von den nationalen Politikern erhalten.³⁵

Aber selbst die im Prinzip bevollmächtigten nationalen Regierungspolitiker müssen auf ein nationales Parlament und Wähler Rücksicht nehmen und zu einer verdeckten Strategie greifen, damit diese nicht merken, wie ihnen die noch verbliebenen Rest ihrer politischen Macht aus der Hand genommen werden.

Deshalb vereinbaren sie, von der Öffentlichkeit unbemerkt, Ermächtigungsgesetze, mit deren Hilfe kleine Gruppen von Insidern die Macht an sich reißen können, zuerst Schritt für Schritt und irgendwann einmal ganz.

Ein historisches Beispiel dafür sind die Gesetze zur Einführung des Euro, die es der EZB ermöglicht haben, auf die Devisen- und Goldreserven der Staaten zuzugreifen. Das aktuellste Beispiel ist der permanente Eurorettungsschirm ESM, mit dem die Budgethoheit der nationalen Parlamente de facto abgeschafft wird.

Noch ist die Zeit für den Big Bang nicht gekommen. Ermächtigungsgesetze wie diese sind scheinbar totes Recht, das jahrzehntelang schlummert, das am „Tag X“ aber einen formal rechtmäßigen Durchgriff des Zentrums auf die Peripherie ermöglicht. Sie sind wie Langfristagenten, die Jahrzehnte vor dem Einsatz in Stellung gebracht worden sind. Vielleicht müssen sie nie verwendet werden. Aber wenn sie zum Einsatz kommen, sollen sie „spielentscheidend“ wirken.

Ein Beispiel dafür ist Artikel 23e (3) der österreichischen Bundesverfassung, der eigentlich schon mit dem EU-Beitritt in Kraft getreten ist, der aber 2010 zuletzt novelliert wurde.³⁶ 23e regelt eigentlich die Berichtspflicht der Minister gegenüber dem Hauptausschuss. Es begründet eine Art Mitspracherecht des Parlaments bei der EU-Gesetzgebung, das theoretisch zwar bindend ist, praktisch aber ohne Probleme unterlaufen werden kann.

Nach diesem Gesetz kann der EU-Ministerrat die Verfassung der Alpenrepublik leichter abändern als die von den Österreichern gewählten Parlamentsabgeordneten. Diese Passage dient offenbar der Vorbereitung auf eine Situation, in der die EU eine Verfassungsänderung verlangt, für die sich im Nationalrat nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit findet.

Konkret thematisiert der Artikel das Verhältnis zwischen den Ministern und dem Nationalrat nach dem Beitritt. Dabei nimmt der Gesetzgeber - vollkommen realistisch - an, dass der Regierungspolitiker eine Position zwischen dem österreichischen Parlament und dem Ministerrat einnimmt und dass es zu einem Konflikt zwischen den beiden Verpflichtungen bzw. Rollen kommen kann.

Der Minister darf bei einfachen Gesetzen "aus zwingenden außen- und integrationspolitischen

³⁵ In der Metagesetzgebung ist der EuGH wesentlich mächtiger, der ein jedem sichtbaren Zugriff entzogenes politisches Gericht ist.

³⁶ <http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bundesnormen/NOR40119805/NOR40119805.pdf>

Gründen" von der Mehrheitsmeinung des österreichischen Parlaments abweichen, muss es in diesem Fall aber noch einmal befassen. Ist "das Vorhaben auf die Erlassung eines verbindlichen Rechtsaktes gerichtet, der entweder die Erlassung bundesverfassungsgesetzlicher Bestimmungen erfordern würde oder Regelungen enthält, die nur durch solche Bestimmungen getroffen werden könnten, so ist eine Abweichung jedenfalls nur zulässig, wenn ihr der Nationalrat innerhalb angemessener Frist nicht widerspricht."

Aus dem Wortlaut geht nicht ausdrücklich hervor, mit welchem Quorum der Nationalrat widersprechen müsste - **gemeint kann aber nur die einfache Mehrheit sein.** Um die Verfassung in einem mit den sonstigen Bestimmungen vergleichbarem Ausmaß gegen eine Abänderung zu schützen, hätte man die Möglichkeit zum Widerspruch eigentlich zu einem Minderheitenrecht für ein Drittel der Abgeordneten machen müssen. Das war aber nicht der Fall.

Das kann praktisch nur bedeuten, dass die EU-Minister mithilfe ihres österreichischen Kollegen eine Verfassungsänderung durchsetzen können, sobald die einfache Mehrheit der Nationalratsabgeordneten das widerspruchslos hinnimmt.

Es ist aus der Bestimmung nicht ersichtlich, wie genau die EU-Minister die Verwandlung ihres Beschlusses in österreichisches Recht erzwingen können - ob das auf direktem Weg dekretiert oder "ausnahmsweise" über eine einfache Mehrheit durchgesetzt werden würde. Ein solcher Moment wäre jedenfalls eine Grenzsituation, ein Verfassungskonflikt, der rasch applaniert werden müsste. Es lässt sich schwer voraussagen, welche Instanzen welche Regelungen vorschlagen würden. Es besteht aber kein Zweifel, dass die Mehrheit der Rechtsexperten heute vom Vorrang des EU-Rechts (das von den Ministern und dem EU-Parlament gesetzt wird) vor dem österreichischen Recht ausgeht. Damit scheint eine Vorentscheidung darüber getroffen zu sein, wie ein solcher Konflikt gelöst würde.

Dieser Absatz gilt übrigens sinngemäß auch für Beschlüsse im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU.³⁷

Konkret geht es dabei um Titel V, Kapitel 2 nach dem Lissaboner Vertrag ("Besondere Bestimmungen über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik"). Dies macht Paragraph 23e zum idealen Instrument für die Abschaffung der Neutralität mit einer nur einfachen Mehrheit.

Ob die Österreicher dem EU-Beitritt auch dann zugestimmt hätten, wäre ihnen der Einbau einer solchen Sollbruchstelle bekannt gewesen, ist zweifelhaft. Genauso fraglich ist im Übrigen, welches Vertrauen Volksvertreter verdienen, die derlei "übersehen", es absegnen und zur Tagesordnung übergehen.

Der Öffentlichkeit war der Inhalt der späteren Verfassungsänderungen zum Zeitpunkt der EU-Abstimmung übrigens höchstens in Überschriften bekannt. Die erste Version der zentralen B-VG-Novelle ging erst im August 1994 in die Begutachtung³⁸. Endgültig fixiert wurde der Text erst nach den Wahlen vom 9. Oktober. Zum Zeitpunkt der Abstimmung lagen nur wenig relevante Details z.B. über die Mitwirkung des Nationalrats bei den Post-, Telegraf- und Telefongebühren (BGBl. 268/1994) vor. Die Österreicher haben also blind über die Verfassungsänderungen abgestimmt, auch in Bezug auf die "GASP".

³⁷ http://de.wikipedia.org/wiki/%C3%96sterreichische_Neutralit%C3%A4t.

³⁸ Theo Öllinger, Verfassungsfragen zur Mitgliedschaft zur Europäischen Union, 1999, S. 137

Weitere Beispiele für „auf Vorrat“ geschaffene Ermächtigungsgesetze finden sich im Vertrag von Lissabon, der - wie ein hoher, föderalistisch gesinnter EU-Politiker ja zugegeben hat - bewusst unverständlich verfasst worden ist, um nicht darüber abstimmen zu müssen.³⁹

Das eine Ermächtigungsgesetz ist das sogenannte „vereinfachte Verfahren“, das die Regierungschefs verwenden können, um die EU-Verträge abzuändern. Begründet wurde es damit, dass die Regierungen kleinere, sozusagen kosmetische Vertragskorrekturen ohne viel Aufwand durchführen könnten.

Seinen ersten Einsatz fand es aber bei der Etablierung des 700 Milliarden Euro schweren Rettungsfonds. Das aber war kein kleiner Eingriff, sondern, um einen Vergleich zu ziehen, eine kosmetische Operation, in der gleichzeitig Gesicht, Busen und Popo der Eurozone „korrigiert“ wurden. Technischer ausgedrückt, war diese Änderung die "Umwälzung vom Staatenbund in den tendenziell unitaristischen Einheitsstaat".⁴⁰ Von einer kleineren Reparaturarbeit kann also keine Rede sein.

Man hätte mit demselben Aufwand die ganze Klausel einfach streichen können, aber die CDU-CSU hatte das Nichtbeistandsgebot propagandistisch so massiv ausgeschlachtet⁴¹, dass seine Entsorgung einem offenen Bruch des ungeschriebenen Vertrags mit dem deutschen Staatsvolk gleichgekommen wäre. Ein solches Vorgehen hätte nicht nur eine politische, sondern auch eine juristische Angriffsfläche geboten.

Um das Problem in den Griff zu bekommen, hat man in den Lissaboner Vertrag ein paar Seiten nach dem Artikel 125 so etwas wie eine Ungültigerklärung für diese Passage eingefügt ohne die störende Stelle direkt abzuschaffen.⁴²

In den Zeitungen hat sich übrigens ein ähnliches Vorgehen eingebürgert, sobald irgendwo Korrekturbedarf auftaucht, aber kein Fehler oder auch nur eine Meinungsänderung eingestanden werden soll. Das geht so: Statt eine Aussage offen zu widerrufen oder weithin sichtbar zu korrigieren, erscheint am folgenden Tag ein Artikel, in dem etwas anderes oder sogar das Gegenteil des ursprünglich Behaupteten vertreten wird. Genannt wird das dann oft "Ergänzung" oder "Präzisierung" - auch wenn es weder das eine noch das andere ist.

Um den ESM in Kraft zu setzen, mussten die Euro-Regierungen eine juristische Konstruktion außerhalb der Europäischen Verträge finden. Um rechtlich aber trotzdem "auf der sicheren Seite zu sein", bestanden die gegen den Willen ihres Staatsvolks handelnden Vertreter des "europäischen Zahlmeisters" aber darauf, die Nicht-Beistandsklausel nach Artikel 125 in Artikel 136 entsprechend zu "ergänzen".

Ein zweites in Lissabon beschlossenes Änderungsverfahren ist die sogenannte „Passarelle-Regelung“⁴³, über die die Regierungschefs vereinbaren können, Materien, die bisher Einstimmigkeit erforderten, mit qualifizierter Mehrheit zu erledigen. Dafür kommen praktisch

³⁹ Siehe Subkapitel "Das Dichand-Manöver"

⁴⁰ Schachtschneider, Souveränität Deutschlands, S. 262

⁴¹ "Was kostet uns der Euro? Muss Deutschland für die Schulden anderer Länder aufkommen? Ein ganz klares Nein! Der Maastrichter Vertrag verbietet ausdrücklich, dass die Europäische Union oder die anderen EU-Partner für die Schulden eines Mitgliedstaates haften." CDU-Wahlkampfbroschüre 1998

⁴² "Die Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist, können einen Stabilitätsmechanismus einrichten, der aktiviert wird, wenn dies unabdingbar ist, um die Stabilität des Euro-Währungsgebiets insgesamt zu wahren. Die Gewährung aller erforderlichen Finanzhilfen im Rahmen des Mechanismus wird strengen Auflagen unterliegen."

⁴³ http://en.wikipedia.org/wiki/Passarelle_Clause

alle Politikfelder mit Ausnahme der Verteidigungspolitik in Frage (wäre diese Ausnahme nicht gemacht worden, hätte ein neutrales Land wohl aus der EU austreten müssen.)

Das bedeutet, dass damit künftig z.B. die Finanzierung der EU, die „Harmonisierung der Sozialpolitik“, die Erweiterungspolitik (Aufnahme neuer Mitglieder) die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments und weite Teile der Außenpolitik im EU-Ministerrat „ausgepackelt“ werden können.

Die nationalen Parlamente haben dagegen lediglich eine Art Vetorecht, mit der sie die einstimmig zu treffenden Entscheidungen des Rats mit einfacher Mehrheit blockieren können. Sie müssen aber binnen sechs Monaten von selbst tätig werden.

Diese damals noch gar nicht wirksame Brückenklausel ist auch der Aufmerksamkeit des "Euro-Imperialisten" Posener⁴⁴ nicht entgangen, der dem Putsch gegen die nationalen Verfassungen ja „Toi Toi Toi“ wünscht. Er sagt: „Die Selbstermächtigung der europäischen Organe heißt im Jargon der Selbstermächtiger: Europa handlungsfähiger machen. Dazu gibt es die sogenannte Passarelle-Klausel...(die bestimmt,...)in welchen Fällen die versammelte EU-Exekutive gegebenenfalls Beschlüsse der nationalen Parlamente einfach ignorieren darf.“

⁴⁴ Siehe Subkapitel "Der Imperialist"